

Ohne Zivilgesellschaft geht's nicht

Von Anetta Kabane

In dieser Zeit, geprägt von Umwälzungen und Geschwindigkeit, neigen Menschen dazu, sich handlungsunfähig zu fühlen. Zu stark wirken scheinbar die Zentrifugalkräfte in der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft, als dass irgendwer selbst noch etwas ausrichten könnte. Vor dem Hintergrund der großen Umwälzungen durch Globalisierung, Digitalisierung und Migration – was kann der Einzelne da schon ausrichten? Diese Fragen drängen sich auf, besonders da Rechtsextremen und Rechtspopulist*innen diese Zeiten automatisch in die Hände zu spielen scheinen. Und das, während die repräsentative Demokratie als System an Vertrauen verliert. Doch während sich dieser Eindruck verstärkt, zeigt sich auch eine andere Tendenz. In den letzten Monaten sind viele Menschen auf die Straße gegangen, um sich deutlich gegen den antiliberalen, antidemokratischen und rechtsextremen Trend zu positionieren. Überall macht die zivile Gesellschaft deutlich, dass sie jenseits der Parteigrenzen diese Entwicklung nicht einfach hinnehmen wird. Die Zivilgesellschaft, die Gesellschaft der Bürger*innen ist und war immer jene Bewegung, die sich zusammenfindet, um demokratische Rechte und Gleichwertigkeit voranzutreiben. Ihr Vorteil: Die zivile Gesellschaft bindet sich nicht an Parteilinien, nicht an Verwaltungslogik, nicht an das Wohlwollen anderer großer Player. Sie ist das, was Bürger*innen umtreibt, was sie aus unterschiedlichen Motiven heraus erreichen wollen. Zivilgesellschaft ist freiwillig und frei. Sie schließt alle ein, die auch gegen das Unzivile eintreten – übrigens auch Politiker*innen, Beamt*innen oder Unternehmer*innen. Es geht um das Ziel. In dieser Zivilgesellschaft liegt die Hoffnung. Sie ist heute die wichtigste Kraft, um die Errungenschaften von Demokratie und Aufklärung nicht zunichte machen zu lassen.



An dieser Stelle sei mir ein persönlicher Gedanke gestattet. Auch die Zivilgesellschaft bedarf der Unterstützung. Gerade die Initiativen, die in diesen schweren Zeiten gegen den Rechtsruck ankämpfen. Sie brauchen Verbündete und Förderer. Einer dieser großartigen Partner im Kampf für demokratische Kultur war Christian Petry. Er ist am 12. November 2018 von uns gegangen. Er hat mit klarer Haltung und Weitsicht dafür gesorgt, dass diese Zivilgesellschaft sich gegen rechtsextremistische Tendenzen wehren kann. Er hat bürgerliche Kreise dafür gewonnen. Als Geschäftsführer der Freudenberg Stiftung hat er ein Netzwerk von Projekten aufgebaut, die diesen Gedanken unterstützen. Wie viele andere Netzwerke wäre die Amadeu Antonio Stiftung ohne ihn nicht zustande gekommen. Christian Petry fand, dass die Menschen vor Ort die besten Expert*innen in ihren eigenen Angelegenheiten sind und deshalb auch dort Unterstützung brauchen. Diesem Grundgedanken dient auch die Amadeu Antonio Stiftung. Die Initiativen für Demokratie vor Ort stärken, sie auch mit Hilfe aller Spender*innen zu fördern und zu ermutigen, ist unsere wichtigste Aufgabe. Sie brauchen unseren Schutz, unsere Wertschätzung, sie brauchen Verständnis. Sie sind diejenigen, deren ernsthafte Besorgnis um den Zustand in Deutschland wirklich zählt. Die Initiativen sind Mittelpunkt unserer Bemühung. Erst sie. Genau wie die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Erst sie. Das war es, was Christian Petry uns nahebrachte. Und das ist es, was wir heute tun. Sehr wohl kann jeder und jede heute etwas ausrichten! Nichts ist umsonst, solange sich die zivile Gesellschaft solcher Freunde, wie es Christian Petry war, sicher sein kann. Wir werden sein Vermächtnis weiterführen.

Aufstand der Anständigen

Im sächsischen Ostritz wehren sich Zivilgesellschaft und Kommune gemeinsam gegen rechtsextreme Raumergreifung – mit Erfolg.



picture alliance/dpa

Chemnitz: Synonym rechter Gewalt

Von Andrea Röpke

»Unsere Stadt – Unsere Regeln!« Unter diesem selbstbewussten Motto riefen rechte Ultras von »Kaotic Chemnitz« am 26. August zum Protest in die drittgrößte Stadt Sachsens auf, um zu zeigen, »wer in der Stadt das Sagen hat. Es schloss sich die rassistische Bürgerinitiative »Pro Chemnitz« an. Krawall und Hetzjagden gegen Migrant*innen und politische Gegner*innen sorgten daraufhin für Schlagzeilen. Das Versagen staatlicher Stellen in Sachsen gegen rechts wurde erneut mehr als deutlich. Diese Signale erkannten rechte Strategen eher als Demokrat*innen. Nur sechs Tage später setzten sich die Vordenker einer nationalen Revolte in Chemnitz an die Spitze des erneut ausbrechenden Massenprotestes. Der Schulterschluss von Rassist*innen und Neonazis zur Alternative für Deutschland (AfD) wurde überdeutlich.

AfD bestimmt Diskurs

Chemnitz wurde zum Synonym extrem rechter Gewalt des Jahres 2018. Nur vordergründig ging es den Rechten um den gewaltsamen Tod des 35-jährigen Chemnitzers Daniel Hilbig, mutmaßlich erstochen von zwei jungen Migranten. Vor allem eröffnete sich die Chance, die Ethnisierung eines Verbrechens dafür zu nutzen, weit über das stabile »Pegida«-Potenzial hinaus, eine bundesweite Protestmasse vor allem in Ostdeutschland, in Gang zu setzen. In Windeseile blähten sich die Sozialen Netzwerke auf, die AfD und ihr Umfeld setzten das Thema, bestimmten den Diskurs. Es bildete sich ein explosionsfähiges Gemisch von Fakenews, Empörung und Hass. Am 1. September 2018 gingen über 4000 bürgerliche Nationalist*innen und Rassist*innen, Neonazis sowie Vertreter*innen gewaltbereiter Mischszenen auf die Straße. Hitlergruß und Hetzjagden bestimmten die Schlagzeilen. Die Revolte blieb aus, doch eines musste jedem deutlich werden: In Deutschland hat sich eine Bewegung etabliert, die den absoluten Willen in sich trägt, Demokratie und Parteiensystem zu beseitigen. Die rechte Wohlgefühlzone Chemnitz ist als Ort eines Fanals gut gewählt. Dorthin flohen 1998 die drei Jenaer Bombenbastler*innen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Unter den Augen von Polizei und Geheimdiensten fanden sie Unterschlupf in Neonazi-Wohngemeinschaften im »Heckertgebiet«, einem berüchtigten Plattenbauviertel. Hier verkaufte das NSU-Trio sein antisemitisches

Spiel »Pogromly«, orderte Waffen und Pässe und entwickelte sich zur gefährlichsten Terrorgruppe Deutschlands, dem Nationalsozialistischen Untergrund »NSU«. In der Stadt entstanden die Pläne für eine unvergleichliche Serie von Morden, Anschlägen und Raubüberfällen. Mit diesem erschreckenden Background können Stadt und Umgebung viel zu gut leben, systematische Ignoranz gegenüber radikalen rechten Tendenzen hat seit der Ära Biedenkopfs in Sachsen Tradition.

NSU-Strukturen unangetastet

Die Städte Chemnitz und Zwickau verweigerten sich einem beherzten und ehrlichen Gedenken gegenüber den Opfern rechter Gewalt. Die Helfer*innenstrukturen des NSU blieben unbehelligt, sie mischen beim heutigen rechten Protest wieder mit. Soziokulturelle Vielfalt gibt es im Freistaat höchstens auf aller kleinstem Raum. Zu viele Engagierte sind längst abgewandert. Rechte ziehen hinzu, sickern ein. Rechter Land- und kultureller Einflussnahme wird wenig entgegen gesetzt. Chemnitz sollte als »spektrienübergreifende Machtdemonstration« derjenigen begriffen werden, die sich schleunigst einen Systemwechsel herbeisehnen, warnt auch David Begrich, Mitarbeiter von *Miteinander e. V.* aus Magdeburg. Aktuelle Umfragen zufolge wünscht sich jeder zweite Sachse eine »harte Hand«, die durchgreift. Begrich und weitere Wissenschaftler*innen weisen gezielt auf Björn Höckes Pläne einer »Volksopposition« hin. Die soll aus drei Teilen bestehen: dem Parteiapparat, der Straße und aus der »Front des frustrierten Staats- und Sicherheitsapparates«. Dass es vielerorts einen braunen Sumpf bei Polizei, Armee und Justiz gibt, lässt sich nicht leugnen. Besonders deutlich wurde er aber unlängst in Sachsen. So bepöbelte ein wütender Deutschland-Hut-Träger bei Pegida in Dresden Medienvertreter vor laufender Kamera, anwesende Polizisten sprangen ihm bei, ebenso der Ministerpräsident. Diese Entscheidung erwies sich als falsch. Der Mann entpuppte sich nebenbei als Mitarbeiter des Landeskriminalamtes. Ende September trug sich ein sächsischer SEK-Beamter beim Besuch des türkischen Staatspräsidenten in Berlin unter dem Namen des Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt in eine Einsatzliste ein. Einen Monat später erhob ein Auszubildender der sächsischen Bereitschaftspolizei schwere Vorwürfe wegen Ras-

simus gegen seine ehemalige Truppe. Über eine schwere Panne im sächsischen Sicherheitsapparat berichtete schließlich das MDR-Magazin »exakt«. Demnach hatte der Hauptangeklagte im Prozess gegen die kriminelle »Freie Kameradschaft Dresden« rund ein halbes Jahr lang aus der Untersuchungshaft illegalen Internetzugang und soll per Mail versucht haben, die Aussagen von Zeug*innen zu beeinflussen. Auch stellte sich heraus, dass der Neonazi-Anführer zuvor eine Affäre mit einer Schöffin des Verfahrens hatte. Das ist nicht mehr peinlich, sondern hat System.

Alarml Glocken klingeln schon lange

Alarml Glocken sollten nicht nur klingeln, sondern endlich auch zu glaubhaften Reformen von oben und unten führen, damit die Spaltung innerhalb unserer Gesellschaft, sowie Hass und Gewalt keine US-amerikanischen Ausmaße annehmen. Denn das Jahr 2019 kann eine entscheidende Rolle spielen: Im Mai sind nicht nur Europawahlen, sondern auch zahlreiche Kommunalwahlen und vor allem Landtagswahlen in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen. AfD und rechte Bewegung haben mit dem Kampf längst begonnen.

Mehr als 1320 Projekte gefördert

Erst vor wenigen Tagen bewilligte die Amadeu Antonio Stiftung den 1321. Projektantrag seit ihrer Gründung: Mit einem Friedensfest stellen sich Engagierte in Ostritz gegen das rechtsextreme »Schild- und Schwert-Festival« – und schaffen es, das Ruder heranzureißen. Gemeinsam mit anderen Stiftungen würdigt die Amadeu Antonio Stiftung ihren Einsatz mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie. Allein im Jahr 2018 hat die Stiftung mit Hilfe ihrer Spender*innen bereits 114 Projekte unterstützt.

de:hate-Podcast: »Digitaler Hass in der Einwanderungsgesellschaft«

Hate Speech kommt nicht nur aus rechtsextremen Szenen. Auch in Communities, die selbst von Diskriminierung betroffen sind, ist die Verbreitung von Hassrede ein großes Problem. In der achten Folge des de:hate-Podcasts geht es um Gruppen, die bislang in der Diskussion nicht ausreichend beleuchtet wurden. Alle Folgen stehen auf soundcloud.com/dehatepodcast und iTunes bereit – jetzt abonnieren!

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen, die sich dauerhaft gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

Aufstand der Geschichten

Chemnitz antwortet rechtsmotivierter Hetze



Mit der Biografie Stefan Heyms wird eine Chemnitzer Umbruchgeschichte erzählt Foto: Nasser Nashemi

GEFÖRDERTES PROJEKT Zum Festival »Aufstand der Geschichten« Anfang November 2018 ist der Schriftsteller, Dissident und Politiker Stefan Heym auf die Bühnen seiner Geburtsstadt Chemnitz zurückgekehrt. »Herr Heym, Sie waren jetzt 17 Jahre tot. In dieser Zeit hat sich die Welt rasant verändert. Kritiker sagen, Sie passen nicht mehr hierher. Was entgegenen Sie ihnen?«, befragt ihn das Theaterstück »Wenn mich einer fragte...«. Als Puppenfigur steht Stefan Heym Rede und Antwort. Die Biografie des Sohns der Stadt ist reich an Umbrüchen und Widerständigkeiten. Sie polarisiert und schweißt zusammen, bietet Identifikationspotenzial und lädt dazu ein, zu diskutieren. Gerade jetzt ist das besonders notwendig: »Es gibt ein ganz großes Bedürfnis zu reden«, beobachtet Franz Knoppe, Projektleiter des Festivals »Aufstand der Geschichten«, das von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wird. Reden – über die Ereignisse der letzten Wochen und über die persönlichen Geschichten, die oft von Brüchen, Abwertungen der eigenen Biografie und verworfenen Lebensentwürfen handeln. Räume für Gespräche zu schaffen hat sich das Festival zu seiner Aufgabe gemacht. »Wenn knapp 30 Prozent der Bevölkerung Protestparteien wählen, können wir das nicht einfach ignorieren. Dann müssen wir uns fragen: Was bewegt sie? Es ist Zeit, miteinander zu sprechen«, so Knoppe. Um die Zerwürfnisse der Gegenwart zu verstehen, befragt das Festival die Vergangenheit. Und stellt fest, dass die Veränderungen, die am Ende des Kalten Krieges prognostiziert wurden, sich nicht bewahrt haben. »1989 glaubte man, mit Demokratie und Globalisierung kann alles nur noch besser werden! Spätestens seit der Finanzkrise hat man gemerkt: So einfach ist es nicht.« Der Um-

bruch stellte sich vielschichtiger dar als prognostiziert, warf Fragen auf, hinterließ Leerstellen. Leerstellen, die Rechtspopulist*innen mit viel zu einfachen Erklärungen und Schuldzuweisungen zu füllen versuchen.

Die Narrative der Rechtspopulist*innen wollen die Initiator*innen des Festivals entkräften, ohne sich an neurechten Akteur*innen abzuarbeiten. Stattdessen erzählen sie lieber selbst Geschichten – Geschichten, mit denen sich Menschen identifizieren können und die berühren: widerständige Geschichten, Umbruchgeschichten, Geschichten vom Aufbrechen und Ankommen, von Krieg und Frieden. Komplizierte Geschichten, die ohne Freund-Feind-Schemata und ohne die Abwertung des Gegenübers auskommen. Das Festival gibt Erzählungen Raum, die Visionen einer Gesellschaft entwickeln, in der alle Platz haben. Dazu gehört auch die Geschichte von Stefan Heym.

Das Theater ist nur einer der Orte, an dem Geschichten zum Leben erweckt werden. Raum zum Erzählen und Diskutieren gibt es auch in Sonnenberg, einem der ärmsten Chemnitzer Stadtteile, in dem 30 Prozent der Gebäude leer stehen. Verlassene Ladenräumlichkeiten werden hier neu eröffnet – und als solche zu Orten des Austauschs. Bei Kaffee und Kuchen, beim Stöbern im Comic Store, dem Besuch von Lesungen, Diskussionsveranstaltungen oder im Beautysalon »Grand Beauty on Tour« kommen die Besucher*innen ins Plaudern: Raus aus der Anonymität der Nachbarschaft! Der Plan geht auf. Die Veranstaltungen sind gut besucht oder ausverkauft. Die Straßen füllen sich mit Gesprächen, die Plätze mit Stimmengewirr.

Von Franziska Schindler

Kräfte bündeln: Asyl-Initiativen Konferenz in Sachsen

GEFÖRDERTES PROJEKT Erschreckend an den Ereignissen in Chemnitz im August 2018 war einerseits die von der sächsischen Polizei unterschätzte und damit eskalierte Hetzjagd auf People of Colour. Andererseits war auch die Aufarbeitung durch Politiker*innen mitunter beschämend. Vorschneidlich suchten einige die Schuld bei Geflüchteten. Die bevorstehende Landtagswahl verschärft die Lage zusätzlich. Schon vor dem offiziellen Wahlkampfauftakt versucht die Neue Rechte mit Hetze gegen Geflüchtete auf Stimmenfang zu gehen. Viele sehen einen Zusammenhang zwischen dieser rassistischen Stimmungsmache und tätlichen Übergriffen auf Geflüchtete. Eine Zunahme rechter Gewalt wird von vielen befürchtet. Daneben werden unwürdige Unterbringungsverhältnisse, immer restriktivere Gesetze und unmenschliche Auflagen für Asylsuchende ignoriert. Verschiedene sächsische Initiativen bemühen sich, Schutzsuchende in diesen schwierigen Zeiten zu unterstützen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Um diese Engagierten im gesamten Bundesland zu vernetzen und ihre Kräfte zu bündeln, veranstaltete der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. am 10. Novem-

ber in Dresden seine alljährliche Konferenz für Asyl-Initiativen – mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung. »Neben dem Hauptziel, der Vernetzung der Haupt- und Ehrenamtler*innen, war dieses Jahr auch die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie bezüglich der Landtagswahl 2019 zentral«, erläutert Thomas Hoffmann, stellvertretender Geschäftsführer des Sächsischen Flüchtlingsrats. Für die rund 90 Teilnehmer*innen der Konferenz bestand die Möglichkeit, in einem geschützten Rahmen ihre Erfahrungen auszutauschen, Best-Practice-Beispiele zu sammeln und Expertise zu teilen. Vielen Engagierten ist bei dem Gedanken an den sächsischen Wahlkampf mulmig zumute. Diese Sorge verdeutlicht die enorme Wichtigkeit der Asyl-Initiativen-Konferenz, denn Verzagen ist keine Option. Auf Hoffmanns Frage »Was können Asyl-Initiativen leisten?« folgte am Ende der Konferenz ein klares Fazit: Vernetzung und Empowerment sind in Zeiten von rassistischer Hetze gegen Geflüchtete essentiell. Nur wenn die Initiativen sich gemeinsam positionieren, ist eine Einflussnahme auf den anstehenden Wahlkampf aussichtsreich.

Von Viktor Weigel

Angriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte 2018: 692

- Davon tätliche Übergriffe auf Asylsuchende (Körperverletzung): 174
- Davon Brandanschläge auf Unterkünfte: 7
- Davon sonstige Angriffe auf Unterkünfte und Asylsuchende (Stein- oder Böllerwürfe, Schüsse, rechte Schmierereien, Bedrohungen etc.): 511
- Ergänzende Verdachtsfälle außerhalb der Zählung: 28

Quelle: Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, geführt von PRO ASYL und Amadeu Antonio Stiftung, Stand 8. November 2018

»Wir werden ignoriert«

Schon in den vergangenen Jahren tat sich die Presse damit schwer, den Bundesjugendkonferenzen der Sinti*zze und Rom*nja einen Nachrichtenwert abzugewinnen. Auch der Bundesjugendkonferenz 2018, einer der bundesweit größten Veranstaltungen junger Rom*nja und Sinti*zze, die von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wurde, blieben die zahlreich eingeladenen Pressevertreter*innen fern.

Wenn in einer Nachricht zu Rom*nja und Sinti*zze Schlagworte wie »Betteln«, »Kriminalität«, »Obdachlosigkeit«, »Horrorhaus« oder »Diskriminierung« fehlen, bleibt das mediale Interesse aus. Rom*nja und Sinti*zze sind für deutsche Medien vor allem dann interessant, wenn sie als passive Opfer präsentiert oder als kriminell dargestellt werden können. Wollen sie jedoch selbst zu Wort kommen, um ihre Geschichten und politischen Ziele in die Öffentlichkeit zu tragen, passen sie nicht mehr in die Schablonen, die ihnen die Medien offenbar zuweisen – und werden ignoriert.

Die Medien sind in vielen Fällen für die derzeitige Normalisierung von Rassismus mitverantwortlich. Sie gestalten die öffentliche Meinung mit durch eine Fokussierung auf Negativschlagzeilen, insbesondere wenn es um Minderheiten, Einwanderung und Asylsuchende geht. Sie gestalten mit, wenn sie entscheiden, dass an jungen Rom*nja und Sinti*zze,

die ihre Positionen öffentlich vertreten wollen, kein Interesse besteht.

Auf der jährlich stattfindenden Konferenz diskutierten die Teilnehmer*innen im Rahmen von Workshops und Podiumsdiskussionen ihre Ziele und Visionen für eine solidarische Gesellschaft der Vielen und vernetzten sich, um dieser Vision gemeinsam näherzukommen.

Welche Inhalte fehlten also an besagtem Wochenende in den Medien? Gefehlt haben die Stimmen junger Rom*nja und Sinti*zze, die erzählt hätten, was dieses größte Treffen junger Rom*nja und Sinti*zze für sie persönlich bedeutet und wie ihre Visionen für eine andere Gesellschaft aussieht. Sie hätten berichtet, welche politischen Ideen sie entwickelt haben und wie sie sich für ihre Ziele einsetzen. Journalist*innen hätten ein Zeichen für eine vielfältige Gesellschaft setzen können. Ein Ziel, das sich viele Medien auf die Fahnen schreiben.

Die Bundesjugendkonferenz wurde von Amaro Drom e. V. und Amaro Foro e. V. organisiert und mit großer Unterstützung von Terne Rroma Südniedersachsen e. V., der Roma-Jugend Initiative Northeim sowie Romano Summal e. V. aus Sachsen umgesetzt. Mehr Infos finden Sie unter <http://amarodrom.de/bundesjugendkonferenz-2018>.

Von Anita Burchardt



Aktivistin und Porajmos-Überlebende Rita Prigmore zusammen mit Éva Ádám, pädagogische Leiterin des Projekts »Dikhen amen! Seht uns!«

Massive Angriffe auf Gleichstellungsarbeit

Neue Studie zu Auswirkungen von Rechtspopulismus

Antifeminismus gibt es, seit es Feminismus gibt – und dennoch: Mit dem Einzug der AfD in Landtage, Stadträte und Kommunalparlamente spitzt sich die Situation der Gleichstellungsbeauftragten zu. Frauen- und Gleichstellungsarbeit rückt vermehrt in den Fokus rechtspopulistischer und extrem rechter Kräfte. Sie lehnen Gleichstellung ab, streben ein stereotypes Bild vom Mann- und Frausein an und instrumentalisieren Frauenrechte, um gegen Geflüchtete zu hetzen.

»Sie wollen uns abschaffen«, resümiert eine Interviewpartnerin, die ihren Namen lieber nicht genannt wissen möchte. Das ist mehr als nachvollziehbar. Denn Gleichstellungsbeauftragte sehen sich immer stärker werdenden Anfeindungen ausgesetzt: gegen ihre Arbeit, gegen das Prinzip der Gleichstellung, aber auch gegen sie persönlich.

Das ergibt die neue Studie »Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus«. Im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen hat die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung acht Gleichstellungsbeauftragte in alten und neuen Bundesländern, großen und kleinen Städten, mit zwei bis 30 Jahren Berufserfahrung zu ihren Erfahrungen mit antifeministischen Anfeindungen befragt.

Da sind einerseits die inhaltlichen Angriffe, angefangen von der Haltung, dass Gleichstellung von Frauen schon längst erreicht sei, bis zu offensichtlicher Geringschätzung. Andererseits werden parlamenta-

rische Verfahren gezielt genutzt, um die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten zu diskreditieren. Bei der Vorstellung der kommunalen Gleichstellungsberichte beschreiben Befragte »Böse Kommentare. Böse Nachfragen«. Darüber hinaus versuchen Antifeminist*innen, Gleichstellungsbeauftragte mit Anfragen und Anträgen von ihrer eigentlichen Arbeit abzuhalten: »Man hatte auf jeden Fall das Gefühl, dass es Anfragen sind, um reine Energie und Arbeitszeit zu binden.« Die Anfeindungen kulminieren in Einschüchterungsversuchen gegen die Person. Es wird gemobbt, es werden falsche Tatsachen verbreitet, Privatadressen der Gleichstellungsbeauftragten in Sozialen Medien veröffentlicht. »Das macht natürlich schon was mit einem persönlich«, schildert eine der Betroffenen.

Was tun mit dieser alarmierenden Analyse? »Antifeministische Anfeindungen als das zu bezeichnen, was sie sind: antidemokratisch! Das bedeutet auch, ihnen zu widersprechen und sich eindeutig zu positionieren«, erklärt Judith Rahner, eine der Autor*innen der Studie und Leiterin der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung. Darüber hinaus gibt die Handreichung Handlungsempfehlungen, wie mit Rechtspopulismus in der Gleichstellungsarbeit umgegangen werden kann, was zu einem erfolgreichen Shitstorm-Management gehört und wer im Fall von Angriffen ansprechbar ist. Die Handreichung steht auf der Website der Amadeu Antonio Stiftung zum Download bereit.

Von Franziska Schindler



272 Brandanschläge wurden seit 2015 auf Unterkünfte von Geflüchteten dokumentiert. Das Brandstiftungsarchiv von Grafikdesigner Thomas Stratmann zeigt diese Brandanschläge in einer Installation, die als Ausstellung das Ausmaß flüchtlingsfeindlicher Gewalt vor Augen führt – auf Basis der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL Mehr Informationen: www.brandstiftungsarchiv.info

© Design Academy Eindhoven, Foto: Femke Rijerman

Berlin steht an der Seite Betroffener rechter Gewalt

In der Nacht des 2. Februars 2018 weckte ein Anruf der Polizei den Berliner Buchhändler Heinz Ostermann. Sein Auto stehe in Flammen. Es war bereits der dritte Anschlag auf den Gründer der Initiative *Neuköllner Buchhändler gegen Rechtspopulismus und Rassismus* innerhalb von zwei Jahren. Und Ostermann war nicht der einzige: seit Mai 2016 wurden im Neuköllner Stadtteil Britz wiederholt Autos von Engagierten in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung angezündet, Scheiben von Cafés und Läden eingeworfen, deren Besitzer*innen sich klar gegen Rechtsextremismus positionieren, Stolpersteine ausgegraben und geklaut.

Dass rechte Gewalt in Berlin zum Alltag gehört, zeigt die Zählung der Berliner Opferberatungsstelle ReachOut: Allein im Jahr 2017 verzeichnete die Beratungsstelle 267 Angriffe, bei denen mindestens 374 Personen, darunter 22 Kinder, bedroht, beschimpft, verletzt und gejagt wurden. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

»Obwohl und gerade weil Berlin sich gerne als welt-offene Stadt gibt, wird die Perspektive der Menschen, die eine andere Erfahrung machen, umso weniger wahrgenommen«, berichtet Sarah Haupenthal. Sie

Rechtsextremismus positionieren, nicht nur Ort des Rückzugs und der Geborgenheit, sondern oftmals mit der Angst verbunden ist, von rechtsextremen Anschlägen heimgesucht zu werden. Kurzum: Es geht darum, Angsträume sichtbar zu machen für diejenigen, die diese Angst nicht kennen.

Mit der Kampagne werden bekannte Berliner Orte zu Räumen, an denen die Perspektiven der Betroffenen im Mittelpunkt stehen. Mit großflächigen Plakaten in der U-Bahn und an anderen öffentlichen Plätzen, mit Postkarten in Bars und Clubs sowie einer begleitenden Social Media Kampagne lenkt das Projekt die Aufmerksamkeit der Berliner*innen auf rechtsmotivierte Gewalt in ihrer Stadt. Und bittet um Unterstützung: Denn nach einem Angriff leichter in den Alltag zurückzufinden, ist schnelle und unbürokratische Hilfe essentiell.

Der Opferfonds CURA hilft, wo er kann. Oft werden Dinge gebraucht, die wie Kleinigkeiten erscheinen, für viele aber keine Selbstverständlichkeit sind: eine Brille zu reparieren. Ein neues Fahrrad zu besorgen. Das zerstörte Handy zu ersetzen. »In anderen Fällen geht es darum, Unterstützung überhaupt erst zugänglich zu machen«, erklärt Sarah



ist Projektkoordinatorin der Kampagne »Berlin steht an der Seite Betroffener rechter Gewalt« des Opferfonds CURA, mit dem die Amadeu Antonio Stiftung seit 2004 Betroffene rechter Gewalt unterstützt. Ziel der aktuellen Kampagne ist es, sichtbar zu machen, wie Menschen, die von rassistischer oder anderen Formen menschenfeindlicher Gewalt bedroht sind, die Stadt erleben: Dass eine Fahrt mit der S-Bahn eben nicht so ohne Weiteres der entspannte Weg zu Freund*innen ist, weil öffentliche Verkehrsmittel ein Hotspot rechter Übergriffe sind. Dass es für viele keine Selbstverständlichkeit ist, sich in der Öffentlichkeit zu küssen, weil genau das sie zum Ziel von Angriffen macht. Dass das eigene Zuhause für Menschen, die sich offen gegen

Hauptenthal. Der Opferfonds übernimmt die Kosten einer Orientierungssitzung mit einem Psychologen oder für ein beratendes Gespräch bei einer Anwältin. Dabei geht es um viel mehr als Geld. Die finanzielle Unterstützung zeigt den Betroffenen auch: Wir stehen an eurer Seite und lassen euch nicht allein. *Von Franziska Schindler*

Stellen auch Sie sich an die Seite von Betroffenen rechter Gewalt – mit einer Spende an den Opferfonds CURA.

Ermöglicht wurde diese Kampagne durch die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.

»Als Kollektiv Menschheit können wir etwas verändern«

Der Rapper Megaloh spricht über seine Rassismuserfahrungen, koloniale Kontinuitäten und musikalisches Empowerment

Anders als viele deiner Deutschrapp-Kollegen verzichtest du bewusst auf Worte, die andere Menschen abwerten. Wieso?

Das war nicht immer so. Auch meine Texte enthielten früher manchmal sexistische Passagen und abwertende Begriffe. Irgendwann begann ich, darüber nachzudenken, wie mein Handeln andere Menschen beeinflusst. Außerdem kamen irgendwann Kinder ins Spiel; spätestens da war mir klar, dass ich kein schlechtes Vorbild sein und keine Menschenverachtung propagieren möchte.

Du hast dich Anfang des Jahres im Spiegel öffentlich zu einer rassistischen H&M-Kinderkollektion positioniert. Warum?

Es waren die Reaktionen im Netz, die dazu führten. Ich habe auf einigen Social Media-Profilen von dunkelhäutigen Künstlern, die H&M verurteilten, soviel Unverständnis in den Kommentaren lesen müssen, dass ich Stellung beziehen musste. H&M hat als Konzern auch eine gesellschaftliche und ethische Verantwortung! Durch die lange Geschichte der Entmenschlichung afrikanischstämmiger Menschen, die ihren Ursprung in der jahrhundertelangen kolonialen Ausbeutung Afrikas hat, ist es einfach nicht in Ordnung, einen schwarzen Jungen mit Affenpullover und Aufschrift »Coolest Monkey« in der Kampagne zu benutzen. Der Affe symbolisiert genau diese Entmenschlichung und gilt für dunkelhäutige Menschen immer noch als Beleidigung. Dieser Umstand sollte auf keinen Fall einfach von Menschen, die nicht betroffen sind, geleugnet oder abgestritten werden. Aber genau das passierte im Netz, und da brauchte es eine Gegenstimme.

Samy Deluxe sagte kürzlich in einem Interview: »Wenn man optisch nicht eindeutig als Weißer zu identifizieren ist, erlebt man in Deutschland keinen Tag ohne Rassismus.« Was meinst du dazu?

Ich weiß genau, was er meint. Selbst wenn Drohungen, Beschimpfungen oder körperliche Gewalt ausbleiben, gibt es abwertende Blicke, Menschen, die die Straßenseite wechseln. Oder aber die Klischees und diese »Exotenfaszination« bezüglich der Mythen und Klischees. Leute, die Haare anfassen wollen oder erwarten, dass man ein begnadeter Tänzer ist. Ich zumindest bin mir in Gesprächen mit weißen Menschen immer meiner Hautfarbe bewusst und trage quasi eine emotionale Schutzmaske, damit ich nicht bei jeder Anspielung an die Decke gehe.

Die Ereignisse von Chemnitz haben uns alle erschüttert. Was haben sie mit dir gemacht?

Sie bestätigen nur und machen wieder mal sichtbar, was immer da war. Deutschland hat eine tief verwurzelte Historie des Rassismus. Das ist ein Fakt, der endlich akzeptiert und behandelt werden muss, statt immer nur kurz erschrocken zu sein, wozu Menschen fähig sind. In den 90ern haben



Foto: Robert Winter

schon Flüchtlingsunterkünfte gebrannt, und sie tun es auch heute. Die Aufarbeitung der »Schuldgeschichte« ist eine von außen aufgesetzte und nur erfolgt, weil man als Kriegsverlierer nach dem Zweiten Weltkrieg dazu gezwungen wurde. Eine richtige Aufarbeitung der dunklen Kapitel muss strukturell und gesamtgesellschaftlich gewollt sein, auch von der Regierung. Das ist aber nicht der Fall bis jetzt.

Deine Auftritte bei Demonstrationen und dein Bandprojekt BSMG zeigen dein politisches Bewusstsein. Was willst du mit deiner Musik erreichen?

Ich hoffe, meine Musik bewirkt mehr, als mir bewusst ist. Als »Person der Öffentlichkeit« ist man meistens ein Sprachrohr für viele. Das ist ein Privileg, das nicht ohne Verantwortung kommt. Ich hoffe, ich inspiriere andere Künstler, mehr Verantwortung zu übernehmen, und andere Menschen dazu, über ihren Tellerrand zu schauen und Mitgefühl zu entwickeln. Andererseits möchte ich Menschen mit der Musik empowern. Es ist ein Unding, wie wenig in der Welt auch die negative Geschichte aufgearbeitet wird. Das lässt strukturelle Ungerechtigkeiten weiter bestehen. Es wird Zeit, veraltete Denkweisen und Bräuche ein für allemal abzulegen und verantwortungsbewusster zu werden. Wir müssen endlich erkennen, dass wir als Kollektiv Menschheit vielleicht etwas verändern können, bevor es zu spät ist. Alle sind gefragt!

Das Interview führte Viktor Weigelin



Vergessen verboten

Köfte Kosher würdigt Todesopfer rechter Gewalt

Rassismus kennt Beyza allzu gut. Ihr Großvater kam 1970 als sogenannter Gastarbeiter aus der Türkei nach Bremen. Ihre Eltern sind in Deutschland geboren. Heute besucht die 18-Jährige die Oberstufe des beruflichen Gymnasiums Wilhelm Wagenfeld. Sie ist in Bremen verwurzelt – und doch wird Beyza immer wieder die selbstverständliche Zugehörigkeit abgesprochen. Etwa wenn sie »in der Straßenbahn Sprüche bekommt oder schief angeguckt wird.« Ein Beispiel von vielen. »Kleinigkeiten, die nicht so klein sind«, sagt sie mit einer gewissen Resignation in der Stimme. »Zum Glück habe ich bisher keine körperliche Gewalt erleben müssen.«

Auch Marwa El-Sherbini lebte zwischen 2005 und 2008 in Bremen. Die Ägypterin wurde 2009 in Dresden von einem antimuslimischen Rassisten ermordet. Doch die Presse schwieg. Für den Großteil der deutschen Medienlandschaft schien eine Muslima, die durch einen Rassisten getötet wurde, keine Erwähnung wert zu sein.

Die Künstlerin Elianna Renner, die als Jüdin gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit selbst zigfach erlebte, will verhindern, dass Marwa El-Sherbini vergessen wird – und mehr: Sie will die Schicksale der vielen Opfer rechter Gewalt sichtbar machen. Zeigen, dass hinter den anonymen Statistiken Personen mit Gesicht und Persönlichkeit stecken. Aber das reicht der Künstlerin nicht. Elianna Renner ist es wichtig, dass sich Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten begegnen und empowern. So rief sie 2012 *Köfte Kosher* ins Leben. Damals setzten sich zwölf junge Bremer*innen zunächst mit ihren eigenen – antisemitischen bzw. muslimfeindlichen – Diskriminierungserfahrungen auseinander, ehe sie sich grundsätzlich mit verschiedenen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit befassen. Schließlich gestalteten die Teenager einen Gedenkort, an dem sie – stellvertretend für die vom Opferfonds CURA zwischen 1989 und 2017 gezählten 193 Todesopfer rechtsmotivierter Gewalt – zwölf Portraits

anbrachten. Darunter auch ein Konterfei von Marwa El-Sherbini.

Sechs Jahre später sind viele Portraits beschmiert, einige gar mit eindeutig rassistischen Sprüchen. Der Hass ist nicht weniger geworden. Für Renner Anlass genug, *Köfte Kosher* wiederzubeleben, und für die Amadeu Antonio Stiftung, das Projekt ein weiteres Mal zu fördern. Von Februar bis Ende Mai 2018 hatten sich Beyza und ihre Mitschüler*innen viel vorgenommen: Zuerst erforschten sie die Lebensläufe der zwölf Opfer, um anschließend Gedenktafeln mit Kurzbiographien und QR-Codes zu den Todesopfern zu gestalten. So können Interessierte mehr über die Biografien der Ermordeten herausfinden. Beyzas Fazit fällt positiv aus: »Wir haben viel gelernt, aber ich fand es sehr schwer, mich auf die Gestaltung zu fokussieren, weil mir die Schicksale der Opfer so nahe gingen.« Ihre Stimme stockt. »Es hätte auch mich treffen können...«

Von Viktor Weigelin



Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden
Foto: Zentralrat der Juden/Thomas Lohnes

Zu Beginn der Aktionswochen gegen Antisemitismus spricht Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, mit der Amadeu Antonio Stiftung darüber, was er sich für jüdisches Leben in Deutschland wünscht. Die Aktionswochen gegen Antisemitismus wurden von der Amadeu Antonio Stiftung initiiert und finden dieses Jahr zum 16. Mal mit über 150 Veranstaltungen in ganz Deutschland statt. Das Interview führte Miki Hermer.

Herr Schuster, wovon träumen Sie?

Ich träume von Normalität für jüdisches Leben in Deutschland. Dass jüdische Einrichtungen ohne Sicherheitsdienst auskommen. Wenn wir die Ent-

»Ich träume von Normalität für jüdisches Leben in Deutschland«

wicklungen der letzten Jahrzehnte betrachten, muss man sagen, dass die jüdische Gemeinschaft immer in einem gewissen Bedrohungsstand stand. Aber leider – so ist mein Empfinden – sind wir im Moment von diesem Wunsch einer Normalität ein bisschen weiter weg als noch vor einigen Jahren. Neben tatsächlichen Übergriffen auf Juden und Angriffen auf jüdische Einrichtungen müssen wir auch feststellen, dass Tabus gefallen sind und Judenhass offen artikuliert wird.

Ein gelangweiltes »Wie, müssen wir jetzt schon wieder den Holocaust durchnehmen?« ist im Schulunterricht keine Seltenheit und begegnet uns auch in unserer Arbeit immer wieder. Was entgegenen Sie?

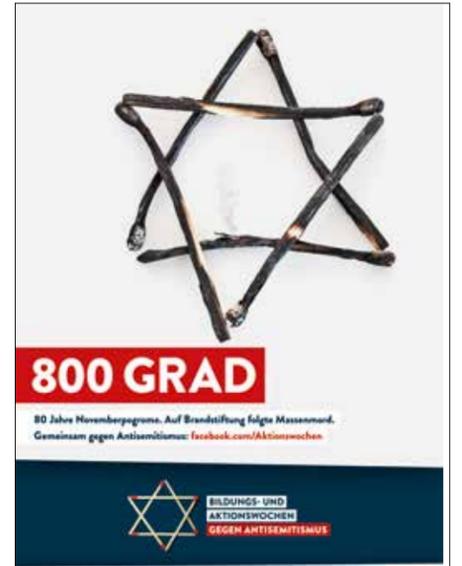
Es kommt darauf an, wie die Shoah in den Schulen vermittelt wird. Wenn man das Thema Shoah in aktuelle Vorgänge einbindet und plastisch darstellt, und damit meine ich beispielsweise den Besuch einer Gedenkstätte, eines ehemaligen KZs, und die Shoah dann auch anschaulich begreifbar wird, erlebt man gerade bei Schülern sehr viel Empathie und Verständnis. Dies gilt genauso für Schüler mit Migrationshintergrund, deren Familiengeschichte nicht mit diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte verbunden ist. Diese Schüler können aufgrund der eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung oder Flucht ebenso Empathie für die Opfer der Shoah entwickeln.

Was sind Herausforderungen, die Sie als Präsident des Zentralrats der Juden anpacken möchten?

Mir geht es darum, darzustellen, dass jüdisches Leben und Judentum selbstverständlicher Bestandteil in Deutschland ist, heute, aber auch schon über viele Jahrhunderte war. Judentum heißt mehr als die Shoah, wie es ja häufig im Schulunterricht dargestellt wird. Jüdisches Leben können wir in Deutschland bis in das Jahr 321 zurückverfolgen, und natürlich – und das ist das erfreuliche – gibt es jüdisches Leben auch nach der Shoah wieder. 1945 war unsicher: Würde es in Deutschland auf Dauer jüdisches Leben geben? Die Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion hat diese Lage deutlich verändert. Jetzt geht es darum, ein selbstbewusstes Judentum in Deutschland nicht nur zu schaffen, sondern auch zu erhalten.

Was sind Wege, sich gegen Antisemitismus einzusetzen?

Wenn es darum geht, sich aktiv gegen Antisemitismus zu engagieren – und Antisemitismus ist eine spezifische Form der Menschenfeindlichkeit –, dann sind es die vielfältigen Aktionen in einer solchen Aktionswoche gegen Antisemitismus, die – so hoffe ich – zahlreiche Menschen aktivieren. Einerseits Menschen, die bereits dabei sind, aber die Aktionswochen sollen auch anderen Mut machen, sich zu engagieren und den Weg in Aktionsbündnisse



aufzeigen. Denn was wir in dieser Zeit in der Bundesrepublik brauchen, sind ein starkes Demokratieverständnis und viele Menschen, die für die Demokratie und gegen Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus aufstehen.

Wir machen weiter!

Wir blicken auf intensive Monate zurück: von Studien zu Hasskriminalität, Antifeminismus und gesellschaftlichem Zusammenhalt, einer Kampagne gegen rechte Gewalt in Berlin über die kritische Begleitung des NSU-Prozesses bis hin zu digitaler Straßensozialarbeit. Die Liste ist lang und noch längst nicht vollständig.

Aber das ist nur ein Teil der Geschichte. In den letzten Monaten erhielten wir extrem viel Zuspruch. Da türmten sich Bestellungen unserer Publikationen, Anfragen für Referent*innen und jede Menge inspirierende Anträge zur Unterstützung von Projekten aus ganz Deutschland. Schüler*innen gleich mehrerer Schulen bedachten uns mit einem Spendenlauf. Unser Stand auf der Frankfurter Buchmesse war viel zu klein für den Ansturm der Besucher*innen. Bei zahlreichen Veranstaltungen füllten sich die Räumlichkeiten der Stiftung mit vielen Menschen und spannenden Diskussionen.

Das tut gut. Denn die Räume für die demokratische Zivilgesellschaft sind nicht größer geworden. Mit den Landtagswahlen in Bremen, Brandenburg, Thüringen und Sachsen stehen wir 2019 vor besonderen Herausforderungen in vier Bundesländern, die bereits Erfahrungen mit Rechtspopulist*innen im Parlament haben. Viele Initiativen wurden bereits in diesem Jahr Ziel von Hasskampagnen, Demokratieprojekte wurden zu Feindbildern stilisiert. Ziel dieser Angriffe ist, ihren Ruf systematisch zu beschädigen

und ihre Arbeit zu erschweren. Die Kampagne gegen den Verein *Miteinander e.V.* in Sachsen-Anhalt steht stellvertretend für zahlreiche Versuche der AfD, zivilgesellschaftlichen Initiativen die Finanzierung zu entziehen und sie zu diskreditieren. Im Kern geht es an die Fundamente der Demokratie.

Die Antwort darauf kann nur sein: Solidarität mit den Betroffenen! Mut, sich an die Seite derer zu stellen, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen. Davon gibt es schon viel. Doch es braucht noch mehr.

Die Engagierten vor Ort und auch wir selbst machen weiter – entschlossener denn je. Wir werden weiter Themen voranbringen, die dringend diskutiert werden müssen. Wir werden weiter die Perspektiven derer in den Fokus rücken, die immer noch viel zu wenig gehört werden, Initiativen beraten, die von rechtsextremen Anfeindungen betroffen sind, Menschen unterstützen, die Demokratie vor Ort lebendig halten, und Betroffenen rechter Gewalt mit schneller und unbürokratischer Hilfe den Weg zurück in den Alltag erleichtern. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich viel wert sind und die gleichen Chancen haben. Dafür setzen wir uns ein. Dafür streiten wir. Wer anderes im Sinn hat, kommt bei uns nicht weit. Sie wollen uns dabei unterstützen? Wir freuen uns über jede Spende!

Von Franziska Schindler und Sofia Vester



Margarete Stokowski zu Besuch am Stand der Amadeu Antonio Stiftung auf der Frankfurter Buchmesse



Wir trauern um Christian Petry, der am 12. November 2018 verstarb. Viele Netzwerke und Initiativen für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus gehen auf sein Engagement zurück. Nichts ist vergebens, solange die Zivilgesellschaft sich solcher Freunde, wie es Christian Petry war, sicher sein kann. Wir werden sein Vermächtnis weiterführen. Traurig und in großer Dankbarkeit gedenken wir Deiner, Christian.

Aufspüren. Jagen. Entsorgen.

Die Sprache der Neuen Rechten

GEFÖRDETES PROJEKT Hasserfüllte Rhetorik, tabuloser und bösseriger Umgangston: Die Sprache der Neuen Rechten ist für den Theaterregisseur Arne Retzlaff »mitunter kaum sprechbar«. Und der Ton wird kontinuierlich schärfer. So wird die Grenze des vermeintlich Sagbaren immer weiter verschoben. Sie führt zur Enthemmung; im schlimmsten Fall bis zur körperlichen Gewalt. Psycholog*innen, Hirnforscher*innen und Linguist*innen sind sich einig, dass Sprache unsere Wahrnehmung sowie unser Denken und Handeln entscheidend prägt.

Das Instrument Sprache beherrscht die Neue Rechte grandios, denn sie macht Sprache bewusst zur politischen Kampfzone. Trotzdem, oder gerade deswegen, nutzt Retzlaff diese Sprache für sein neues Theaterprojekt. Der 58-Jährige ist seit Jahrzehnten in der sächsischen Theaterszene aktiv. Ihm ist bewusst, dass das menschenverachtende Klima, das er in seiner Heimat schon länger mit Bauchschmerzen beobachtet, speziell durch jene verbalen Äußerungen erzeugt wird. »Mich hat insbesondere die Sprache der Neuen Rechten aufgeregt«, so der Kunstschaffende. Nicht nur in politischen Debatten, sondern auch in privaten Gesprächen drifte die Sprache zunehmend ins extrem Rechte ab.

Retzlaff wollte etwas gegen die Normalisierung von Menschenfeindlichkeit unternehmen und konzipierte das Theaterstück *Aufspüren Jagen Entsorgen*. Es ist seine Form der Intervention gegen den verbalen Hass. Das Besondere hierbei: Das gesamte Text-

material – mit Ausnahme eines Zitats von Heinrich Heine – hat Retzlaff aus Aussagen der Neuen Rechten zusammengestellt. Als Quellen nutzt der Dresdner Äußerungen von AfD-Politiker*innen und Pegida-Vertreter*innen, die Wahlprogramme der Partei, Ausschnitte aus dem neurechten Magazin *COMPACT* und Textpassagen des selbst ernannten *Instituts für Staatspolitik*. Der Titel setzt sich aus zwei Zitaten Alexander Gaulands zusammen: »Wir werden Frau Merkel jagen« und Aydan Özoğuz »in Anatolien entsorgen«.



© Georg Skworonek

Das Dresdner Publikum wurde an seine Grenzen gebracht. Unmittelbar nach Ende des von der Amadeu Antonio Stiftung geförderten Stücks herrschte »erst einmal langes Schweigen«, so Retzlaff. Die rechts-extreme Sprache macht sprachlos. Genau das war seine Absicht gewesen: »Ich wollte, dass die Leute die Gefahr in den Texten sinnlich begreifen, nicht nur intellektuell.«
Von Viktor Weigelin

IHRE SPENDE KOMMT AN!

Die Amadeu Antonio Stiftung trat 1998 mit der Vision an, Demokratie vor Ort zu stärken. Demokratie bedeutet auch gesellschaftliche Teilhabe. Für viele Kinder und Jugendliche ist eine solche Teilhabe keine Selbstverständlichkeit. Sie machen tagtäglich die Erfahrung, nicht wirklich zur Gesellschaft dazugehören: Ihre Migrationsgeschichte führt für viele zu Diskriminierung in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt. Das Projekt »Buntkickt gut« in Berlin-Neukölln zeigt, wie eine solche Teilhabe in kleinem Rahmen gelingen kann: Hier können sich die Kinder und Teenager entfalten. Dass wir dabei helfen können, solche Projekte zu fördern, verdanken wir der Unterstützung unserer Spender*innen. Über 1.300 Initi-

ativen konnten wir bereits unter die Arme greifen, die sich auf lokaler Ebene ganz konkret für eine demokratische Kultur einsetzen und damit Ausgrenzung und Diskriminierung entschlossen entgegentreten. Ist unser Anliegen auch Ihr Anliegen? Dann können Sie uns dabei helfen:

Spendenkonto GLS Bank
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Bitte geben Sie dafür bei der Überweisung im Betreff oder mit einer kurzen E-Mail Ihre Adresse mit an.

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift einmalig _____ €
- Ich spende per Lastschrift _____ €
- monatlich ■ halbjährlich ■ jährlich



Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, November 2018

Novalisstraße 12, 10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Franziska Schindler und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Design

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.